

Kompendium Wirtschafts- und Soziakunde**Aufgabe 50.** 3. So14, III

Die E. GmbH will eine neue Mitarbeiterin einstellen. Mit der Bewerberin soll ein Einstellungsgespräch geführt werden.

Welche der folgenden Fragen sollten im Bewerbungsgespräch nicht gestellt werden bzw. müssen von der Bewerberin nicht wahrheitsgemäß beantwortet werden? (3)

1. Wie lauten Ihre Gehaltsvorstellungen?
2. Sind Sie Mitglied einer Gewerkschaft?
3. Sind Sie schwanger?
4. Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?
5. Sind Sie bereit, im Ausland zu arbeiten?
6. Sind Sie bereit, auch an Wochenenden zu arbeiten?
7. Sind Sie bereit, im Team zu arbeiten?
8. Welche berufliche Entwicklung haben Sie für sich geplant?

Aufgabe 51. 4. So14, III

Die E. GmbH hat mit Tim Müller einen Ausbildungsvertrag zum Informatikkaufmann geschlossen. Welche der folgenden Aussagen zur Ausbildung entsprechen den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes? (2)

1. Die E. GmbH darf den Ausbildungsvertrag während der Probezeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.
2. Herr M. darf den Ausbildungsvertrag auch nach der Probezeit ohne Grund kündigen.
3. Herr M., 21 Jahre, hat aufgrund seines Alters einen Anspruch auf eine verkürzte Ausbildung.
4. Die Ausbildung endet immer an dem im Ausbildungsvertrag genannten Datum.
5. Die E. GmbH muss Herrn M. am Ende der Ausbildung ein Zeugnis ausstellen.
6. Die E. GmbH muss Herrn M. im Falle einer vorzeitig bestandenen Abschlussprüfung die Ausbildungsvergütung bis zu dem im Ausbildungsvertrag genannten Datum zahlen.

Aufgabe 52. 4. Wi13, III

Die Z AG schließt mit der Bewerberin Sonja Müller einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die Z AG ist an einen Tarifvertrag gebunden. Welche der folgenden Aussagen zum unbefristeten Arbeitsvertrag ist zutreffend?

1. Es darf keine Probezeit vereinbart werden.
2. Es dürfen mehr Urlaubstage vereinbart werden, als im Tarifvertrag festgelegt sind.
3. Es darf keine Teilzeitbeschäftigung vereinbart werden.
4. Es darf von keinem Vertragspartner ordentlich gekündigt werden.
5. Es darf für die Einarbeitungsphase ein Entgelt vereinbart werden, das unter dem Tarifentgelt liegt.

Aufgabe 53. 6. Wi13, III

Klaus Scholz, ein Mitarbeiter der Z AG, ist erkrankt und muss operiert werden. An die Operation schließt sich eine Rehabilitation an. Herr Scholz wird insgesamt fünf Wochen nicht im Betrieb arbeiten können. Welche der folgenden Aussagen trifft auf die geschilderte Situation zu?

Herr Scholz erhält von ...

1. der Z AG weiterhin sein Bruttoentgelt.
2. der gesetzlichen Krankenkasse Krankengeld.
3. der Berufsgenossenschaft ein Übergangsgeld.
4. der Bundesagentur für Arbeit eine Entgeltersatzleistung.
5. seiner privaten Berufsunfähigkeitsversicherung eine Versicherungsleistung.

Aufgabe 54. 7. Wi13, III

Die Z AG will einen ihrer seit acht Jahren fest angestellten, vollzeitbeschäftigen Dozenten betriebsbedingt kündigen. Es gelten die Vorschriften des BGB.

Welche der folgenden Aussagen trifft auf eine rechtswirksame Kündigung zu?

1. Die Kündigungsfrist beträgt einen Monat zum Ende des jeweiligen Quartals.
2. Die Kündigung muss zur Wirksamkeit in Schriftform vorliegen.
3. Die Kündigung kann in elektronischer Form (E-Mail) übermittelt werden.
4. Der Betriebsrat hat bei einer ordentlichen Kündigung kein Widerspruchsrecht.
5. Die Z AG muss bei drohender Arbeitslosigkeit des Gekündigten bei der Bundesagentur für Arbeit Arbeitslosengeld beantragen.

Aufgabe 55. 9. Wi13, III

Sie sind auch für die Berufsausbildung in der Z AG zuständig. Für die Auswahl der Ausbildungsinhalte stehen Ihnen gesetzlich verordnete und allgemeine Informationsquellen zur Verfügung. Welche der folgenden Informationsquellen sind gesetzlich verordnet? (2)

1. Der Katalog eines Schulbuchverlages
2. Die Internetseiten eines externen Ausbildungsanbieters
3. Der Ausbildungsrahmenplan
4. Die Computerarbeitsplatzverordnung
5. Der Rahmenlehrplan
6. Das Berichtsheft/der Ausbildungsnachweis

Aufgabe 56. 10. Wi13, III

Die Z AG ist Mitglied einer Arbeitgeberorganisation.

Welche der folgenden Aussagen trifft auf eine Arbeitgeberorganisation zu?

Eine Arbeitgeberorganisation ...

1. muss Kündigungen in Mitgliedsunternehmen zustimmen.
2. kann übertarifliche Lohnvereinbarungen untersagen.
3. wird von der öffentlichen Hand unterhalten.
4. erlässt gesetzliche Vorschriften zur Unternehmensführung.
5. betreibt Lobbyarbeit zur Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder.

Aufgabe 57. 12. Wi13, III

LEONARDO DA VINCI ist das Programm der Europäischen Union für die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung. Welche der folgenden Aussagen trifft auf das Programm LEONARDO DA VINCI zu?

Das Programm LEONARDO DAVINCI ...

1. fördert europäische Bürger und Bürgerinnen beim Erwerb internationaler Kompetenzen.
2. fördert die überbetriebliche Ausbildung innerhalb Deutschlands.
3. gibt keine finanziellen Zuschüsse zu Reise- und Aufenthaltskosten für Praxisaufenthalte in Betrieben im europäischen Ausland.
4. wird in Deutschland von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt.
5. fördert nur Maßnahmen innerhalb der beruflichen Erstausbildung.

Kompendium Wirtschafts- und Soziakunde**Aufgabe 58.** 13. Wi13, III

Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) wurde im Jahr 2008 von der Europäischen Union zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von Bürgern/Bürgerinnen innerhalb der EU eingesetzt. Welche der folgenden Aussagen treffen auf den EQR zu? (2)

1. Ersetzt die nationalen Qualifikationssysteme und deren Abschlüsse
2. Ist in acht Referenzniveaus gegliedert, die beschreiben, was ein Lernender weiß, versteht und in der Lage ist, zu tun
3. Vergleicht die Abschlüsse der Berufsausbildung, jedoch nicht die der Schul- und Hochschulbildung
4. Umfasst nicht die Abschlüsse von Fortbildungsmaßnahmen
5. ist ein Instrument zur Förderung des lebenslangen Lernens
6. Ist ein Ordnungsmittel für die berufliche Erstausbildung in europäischen Ländern

Aufgabe 59. 18. Wi13, III

Während einer Schulung, die Sie für die Z AG durchführen, stolpern Sie über ein Kabel und verletzen sich am Fuß. Weicher der folgenden Träger wird für die Kosten der ärztlichen Behandlung auftreten?

1. Krankenkasse
2. IHK
3. Berufsgenossenschaft
4. Arbeitsagentur
5. Haftpflichtversicherung

Aufgabe 60. 21. Wi13, III

Sie verschaffen sich einen Überblick zum Thema private Zusatzversicherungen.

Welche der folgenden Aussagen ist in diesem Zusammenhang zutreffend?

1. Die Kapitallebensversicherung versorgt ausschließlich die Hinterbliebenen im Todesfall.
2. Die private Unfallversicherung sichert den Versicherten allein gegen Folgen von Unfällen auf dem Weg zur Arbeit ab.
3. Die private Rechtsschutzversicherung hilft ausschließlich bei der Abwehr fremder Ansprüche.
4. Die private Krankenversicherung kann Risikozuschläge für bestimmte Erkrankungen festsetzen.
5. Die Privathaftpflichtversicherung deckt keine Schäden ab, die der Versicherte einem Dritten zugefügt hat.

Aufgabe 61. 22. Wi13, III

Als Arbeitnehmer/-in müssen Sie sich bei einer Krankenkasse versichern.

Welche der folgenden Aussagen trifft auf die gesetzliche Krankenversicherung zu?

1. Bietet vom Einkommen unabhängige Versicherungsprämien
2. Fordert vom Geschlecht abhängige Beiträge
3. Bietet eine Familienversicherung, bei der nicht berufstätige Ehepartner beitragsfrei mitversichert sind
4. Fordert vom Eintrittsalter der versicherten Person abhängige Beiträge
5. Fordert je nach Gesundheitszustand vom Versicherten Risikozuschläge

Kompendium Wirtschafts- und Sozialkunde**Aufgabe 62.** 8. Wi12, III

Ein Mitarbeiter der XY GmbH hat gekündigt.

Welche der folgenden Unterlagen müssen ihm - ggf. auf Verlangen - ausgehändigt werden?

Tragen Sie die Ziffern vor den zwei zutreffenden Unterlagen in die Kästchen ein.

1. Lebenslauf
2. Arbeitsvertrag
3. Qualifiziertes Arbeitszeugnis
4. Zeugniskopien
5. Lohnsteuerkarte/Lohnsteuerbescheinigung
6. Personalakte

Aufgabe 63. 10. Wi12, III

Als Mitarbeiter/-in der XY GmbH werden Ihnen Steuern und Sozialbeiträge vom Bruttolohn abgezogen. Welche der folgenden Aussagen zu diesem Sachverhalt treffen zu? (2)

Die Abzugsbeträge zur ...

1. Lohnsteuer werden direkt an die Rentenempfänger weitergeleitet.
2. Lohnsteuer verbleiben bei der Rentenversicherung.
3. Rentenversicherung werden an die Deutsche Rentenversicherung weitergeleitet.
4. Arbeitslosenversicherung werden an die Deutsche Rentenversicherung weitergeleitet.
5. Rentenversicherung werden an die Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt.
6. Krankenversicherung werden direkt an die Kassenärztliche Vereinigung der Länder überwiesen.

Aufgabe 64. 1. So12, III**Situation**

Sie sind Mitarbeiter/-in der GFINmbH (Gesellschaft für Software-Innovationen mbH - GFINmbH) mit unbefristetem Arbeitsvertrag. Die GFINmbH bietet Schulungen zu Software-Updates sowie Lehrgänge zur Aus- und Weiterbildung an.

Die FPP AG hat ein neues CRM-System eingeführt. Die GFINmbH soll die Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen schulen. Die geschulten Mitarbeiter sollen nach einer Prüfung ein Zertifikat erhalten.

Welche der folgenden Angaben beschreiben diese Schulungsmaßnahme zutreffend (2)?

1. Erhaltungsfortbildung
2. Anpassungsfortbildung
3. Überbetriebliche Fortbildung
4. Berufsausbildung
5. Umschulung
6. In house-Schulung

Aufgabe 65. 2. So12, III

In einem Arbeitstreffen wird über Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung gesprochen. In welchen der folgenden Fälle handelt es sich um eine Fortbildung (2)?

1. Marina Schneiber besucht nach ihrem Realschulabschluss eine Berufsfachschule für elektrotechnische Assistentinnen.
2. Karl Müller, Auszubildender, nimmt am überbetrieblichen Lehrgang „Kaufmännischer Schriftverkehr“ teil.
3. Udo Schmidt, IT System-Kaufmann, studiert berufsbegleitend Sozialpädagogik.
4. Fred Scholl, IT System-Elektroniker, nimmt an einem Lehrgang zum IT Professional mit Abschlussprüfung vor der IHK teil.
5. Monika Heinicke, Informatikkauffrau, nimmt an einem Fernlehrgang „Technisches Englisch“ teil.
6. Carl Weber, Betriebsratsmitglied, nimmt am Seminar „Einführung in das Arbeitsrecht“ der Gewerkschaft ver.di teil.

Aufgabe 66. 3. So12, III

Einigen Mitarbeitern der GFINmbH wird vorgeworfen, beruflich nicht mehr flexibel zu sein. Welche der folgenden Aussagen beschreibt die berufliche Flexibilität?

1. Die Möglichkeit, den Arbeitsplatz mit dem eigenen PKW zu erreichen.
2. Die Fähigkeit, sich den wandelnden Anforderungen der Arbeitswelt anzupassen.
3. Die Fähigkeit, ständig zur Verbesserung des Betriebsklimas beizutragen.
4. Die Bereitschaft, Überstunden zu leisten.
5. Die Fähigkeit, die Interessen der Arbeitgeber sowie die Interessen der Arbeitnehmer gleichermaßen zu vertreten.

Aufgabe 67. 1. So13, III

Die Pflichten von Auszubildenden sind im Berufsbildungsgesetz (BBiG) und in der Verordnung über die Berufsausbildung geregelt.

Welche der folgenden Aufgaben sind Pflichten des Auszubildenden Carsten Vogt? (2)

1. Erledigung von betrieblichen Aufgaben, die nicht dem Ausbildungszweck dienen
2. Teilnahme an Schulungen der Gewerkschaft
3. Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen, die außerhalb der Ausbildungsstätte stattfinden
4. Erstellen eines Ausbildungsplans, mit dem die geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten erlangt werden können
5. Zahlung von Schadenersatz an den Ausbildenden (W GmbH) nach Auflösung des Ausbildungsvertrags in der Probezeit, wenn der Ausbildungsplatz in Folge unbesetzt bleibt
6. Teilnahme an der Zwischenprüfung

Aufgabe 68. 4. So13, III

Die W GmbH hat im Rahmen der Berufsausbildung gegenüber der Industrie- und Handelskammer (IHK) Rechte und Pflichten. Welche der folgenden Aussagen ist zutreffend?

1. Recht, Auszubildende ohne Zustimmung der IHK auszubilden
2. Pflicht, den betrieblichen Ausbildungsplan von der IHK genehmigen zu lassen
3. Pflicht, jede Fehlzeit der Auszubildenden sofort der IHK zu melden
4. Pflicht, dem Schlichtungsausschuss der IHK jede Unstimmigkeit mit Auszubildenden mitzuteilen
5. Recht, von der IHK eine Verschiebung des Prüfungstermins zu verlangen, wenn die Auftragslage es erfordert

Aufgabe 69. 5. So13, III

Europäische Arbeitnehmer haben ein Recht auf Freizügigkeit, d. h. dass sie sich in Ländern wie Spanien, Italien oder Großbritannien einen Arbeitsplatz suchen können.

Welche der folgenden Einrichtungen bietet Arbeitnehmern einen Service, ihre Qualifikationen und Fähigkeiten in vorbereiteten Formularen so darzustellen, dass sie europaweit verständlich sind?

1. UNESCO
2. Nationales Europass-Center (NEC)
3. Bundesagentur für Arbeit
4. Bundesinstitut für Berufsbildung
5. Gewerkschaften

Aufgabe 70. 7. So13, III

In der W GmbH soll die Stelle des Programmierers Ralf Schmitt, der in den Ruhestand geht, neu besetzt werden. Herr Schmitt hatte einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Welche der folgenden Aussagen zur Neubesetzung der Stelle ist zutreffend?

Die W GmbH ...

1. muss die freie Stelle der Bundesagentur für Arbeit melden.
2. darf die Stelle nur für männliche Bewerber ausschreiben.
3. darf mit dem neuen Stelleninhaber keinen befristeten Arbeitsvertrag abschließen.
4. muss die Angaben in den Lebensläufen der Bewerber anhand von Originalunterlagen (z. B. Originalzeugnis) überprüfen.
5. muss als Mitglied des Arbeitgeberverbands beim Abschluss des Arbeitsvertrags den aktuellen Tarifvertrag einhalten.

Aufgabe 71. 5. So12, III

Welche der folgenden Angaben muss die GFINmbH in den Berufsausbildungsvertrag aufnehmen (3)?

1. Dauer der Probezeit
2. Termin der Abschlussprüfung
3. Dauer der regelmäßigen täglichen Ausbildungszeit
4. Zeiten des Berufsschulunterrichts
5. Art des Berufsschulunterrichts
6. Höhe der Ausbildungsvergütung
7. Zeiten der Betriebsferien
8. Freiwillige soziale Leistungen

Aufgabe 72. 6. So12, III

Sie sind auch für die Berufsausbildung in der GFINmbH zuständig und müssen die Ausbildung nach den Regeln eines Ordnungsmittels der Berufsausbildung durchführen.

Welche der folgenden Veröffentlichungen ist das Ordnungsmittel, nach dem die GFINmbH die Ausbildung organisieren muss?

1. Publikationen zu Berufsprofilen, herausgegeben von der Industrie- und Handelskammer
2. Ausbildungsrahmenplan, verordnet durch das Bundesministerium für Wirtschaft
3. Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf, beschlossen durch die Kultusministerkonferenz
4. Profil der beruflichen Handlungsfähigkeit, herausgegeben vom Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BiBB)
5. Fachkonzept berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen, herausgegeben von der Bundesagentur für Arbeit

Kompendium Wirtschafts- und Sozialkunde

Aufgabe 73. 7. So12, III

Nach Erkrankung eines Ausbilders müssen Auszubildende der GFINmbH zeitweise in einem anderen Unternehmen ausgebildet werden.

In welchem der folgenden Dokumente muss diese externe Ausbildung dokumentiert werden?

1. Betrieblicher Ausbildungsplan
2. Betriebsvereinbarung zur Berufsausbildung
3. IHK-Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse
4. Ausbildungsvertrag
5. Abschlusszeugnis

Aufgabe 74. 8. So12, III

Sie sollen für den neuen Auszubildenden zum Informatikkaufmann der GFINmbH einen PC-Arbeitsplatz einrichten.

In welchen der folgenden Unterlagen finden Sie Vorschriften zur Einrichtung eines PC-Arbeitsplatzes für Auszubildende (2)?

1. Ausbildungsverordnung
2. Arbeitszeitverordnung
3. Bildschirmarbeitsplatzverordnung
4. Arbeitsstättenverordnung
5. Berufsbildungsgesetz
6. Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit

Aufgabe 75. 9. So12, III

Die GFINmbH hat mit dem 19-jährigen Julius Müller einen Berufsausbildungsvertrag abgeschlossen. Welche der folgenden Pflichten hat Herr Müller aufgrund dieses Vertrags zu erfüllen (3)?

Herr Müller muss ...

1. seinen Ausbildungsplan erstellen.
2. seinen schriftlichen Ausbildungsnachweis führen.
3. für eine Nebentätigkeit, die im Wettbewerb zur GFINmbH steht, eine Genehmigung von der GFINmbH einholen.
4. in der Jugend- und Auszubildendenvertretung mitarbeiten.
5. am Berufsschulunterricht teilnehmen.
6. die Ausbilder kontrollieren.
7. vierteljährlich der IHK über den Stand seiner Ausbildung berichten.

Aufgabe 76. 13. So12, III

Ein Auszubildender eines benachbarten Unternehmens hat trotz Mahnung seit vier Monaten keine Auszubildendenvergütung erhalten. Welche der folgenden Stellen muss der Auszubildende zunächst anrufen?

1. Amtsgericht
2. Arbeitsgericht
3. Arbeitgeberverband
4. Ombudsmann
5. Schlichtungsausschuss der zuständigen Stelle (z. B. Industrie- und Handelskammer)

Kompendium Wirtschafts- und Soziakunde**Aufgabe 77.** 14. So12, III

Die 43 wahlberechtigten Arbeitnehmer/-innen der GFINmbH diskutieren die Wahl eines Betriebsrates.

- Wie viele Arbeitnehmer/-innen muss eine Unternehmung mindestens haben, damit ein Betriebsrat gewählt werden darf?
- Wie alt muss eine Arbeitnehmer/-in mindestens sein, damit er/sie als Betriebsrat/-rätin gewählt werden darf?

Aufgabe 78. 15. So12, III

Die GFINmbH plant den Zusammenschluss mit der Scholz KG, einem Unternehmen in einem anderen Bundesland. In einer Betriebsversammlung soll über diesen Vorschlag der Geschäftsleitung abgestimmt werden.

Welche der folgenden Personengruppen dürfen an der Abstimmung teilnehmen (2)?

- Auszubildende
- Geschäftsführer
- Hauptamtliche Gewerkschaftsvertreter
- In der GFINmbH angestellte Gewerkschaftsmitglieder
- Betriebsräte der Scholz KG
- Vertreter des Bundeskartellamtes

Aufgabe 79. 18. So13, III

Die Sozialversicherungsbeiträge für Vollbeschäftigte müssen vom Arbeitgeber vollständig an eine der folgenden Institutionen überwiesen werden. Von dort aus werden die einzelnen Beiträge an die entsprechenden Stellen weitergeleitet. An welche der folgenden Institutionen muss die W GmbH die Beiträge zur Sozialversicherung überweisen? (1)

- Agentur für Arbeit
- Deutsche Rentenversicherung
- Krankenkasse
- Berufsgenossenschaft
- Gesundheitsfonds

Aufgabe 80. 17. So12, III

Nach der letzten Gehaltserhöhung übersteigt das Bruttogehalt von Daggi Fuchs die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Rentenversicherung. Welche der folgenden Konsequenzen ergeben sich aus der Gehaltserhöhung für Frau Fuchs?

Frau Fuchs ...

- ist nicht mehr versicherungspflichtig.
- muss sich nun privat versichern.
- erhält für die Sozialversicherung keinen Arbeitgeberanteil mehr.
- muss nur noch für einen Teil ihres Gehalts einen Rentenversicherungsbeitrag leisten.
- kann die Beiträge an die Rentenversicherung gegen Selbstbehalt reduzieren.

Aufgabe 81. 18. So12, III

Im Zuge einer Umstrukturierung erwägt die GFINmbH Mitarbeiter/-innen zu entlassen.
Welche der folgenden Mitarbeiter/-innen haben einen besonderen Kündigungsschutz (4)?

1. Handlungsbevollmächtigte
2. Auszubildende
3. Ungelernte Kräfte
4. Personen über 45 Jahre
5. Ausbilder
6. Schwangere
7. Schwerbehinderte
8. Betriebsratsmitglieder
9. Sicherheitsbeauftragte
10. Gewerkschaftsmitglieder
11. Verheiratete

Aufgabe 82. 22. So12, III

In welchen der folgenden Angelegenheiten muss sich die GESOFIN mbH an die Industrie- und Handelskammer wenden (2)?

1. Ausstellung eines Prüfungszeugnisses
2. Anmeldung der Insolvenz
3. Eintragung der Ausbildungsverträge für die neuen Auszubildenden
4. Zahlung der Gewerbesteuer
5. Abschluss eines Haustarifvertrages
6. Prüfung des Jahresabschlusses
7. Eintragung einer Prokuraerteilung in das Handelsregister

Aufgabe 83. 1. Wi11, III

In der OR GmbH sind Regelungen aus dem Arbeitsrecht zu beachten.
Welche der folgenden Rechtsgrundlagen treffen auf nachstehende Sachverhalte zu?

Rechtsgrundlagen

- | | |
|-----------------------------|--|
| 1 Kündigungsschutzgesetz | 2 Tarifvertrag |
| 3 Betriebsverfassungsgesetz | 4 Eine andere als die genannten Rechtsgrundlagen |

Sachverhalte

- a) Eine Mitarbeiterin genießt Kündigungsschutz bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Beendigung des Mutterschaftsurlaubs.
- b) Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit in der IT Branche beträgt 37,5 Stunden.
- c) Eine betriebsbedingte Kündigung ist rechtsunwirksam, wenn sie sozial ungerechtfertigt ist.
- d) Wählbar zur Jugend- und Auszubildendenvertretung sind grundsätzlich alle Arbeitnehmer, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
- e) Ein Auszubildender kann das Ausbildungsverhältnis nach der Probezeit aus wichtigem Grund kündigen.
- f) Eine Kündigung durch die OR GmbH ist ohne Anhörung des Betriebsrats unwirksam.

Kompendium Wirtschafts- und Soziakunde**Aufgabe 84.** 2. Wi11, III

In der OR GmbH wurde ein Betriebsrat gewählt.

Welche der folgenden Aussagen über den Betriebsrat ist zutreffend?

- 1 Ein Betriebsrat muss in jedem Betrieb gewählt werden.
- 2 Ein Betriebsrat muss je zur Hälfte aus weiblichen und männlichen Arbeitnehmern gebildet werden.
- 3 Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die dem Betrieb mindestens ein Jahr angehören.
- 4 Die Kündigung eines Arbeitnehmers wird erst durch Zustimmung des Betriebsrats wirksam.
- 5 Der Betriebsrat hat bei der Aufstellung des Urlaubsplans ein Mitbestimmungsrecht.

Aufgabe 85. 3. Wi11, III

Der Betriebsrat muss bei der Vorbereitung und Durchführung von Betriebsversammlungen die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) beachten.

Welche der folgenden Aussagen zur Betriebsversammlung entsprechen den Regelungen des BetrVG?

Tragen Sie die Ziffern vor den zwei zutreffenden Aussagen in die Kästchen ein.

Der Betriebsrat ..

- 1 muss eine Betriebsversammlung je Kalendervierteljahr einberufen.
- 2 muss mindestens drei Betriebsversammlungen im Kalenderjahr einberufen.
- 3 kann den Arbeitgeber mit wichtigem Grund von der Betriebsversammlung ausschließen.
- 4 muss dem Arbeitgeber ermöglichen, in der Betriebsversammlung über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung des Betriebs zu berichten.
- 5 muss dem Arbeitgeber das Stimmrecht bei Abstimmungen zu Investitionen zugestehen.
- 6 muss keine vom Arbeitgeber gewünschten Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung setzen.

Aufgabe 86. 4. Wi11, III

Die Geschäftsführung der OR GmbH und der Betriebsrat schließen Betriebsvereinbarungen ab.

Welcher der folgenden Sachverhalte kann durch eine Betriebsvereinbarung geregelt werden?

- 1 Kündigungsfristen
- 2 Gleitende Arbeitszeit
- 3 Mindesturlaub
- 4 Mindestlöhne gemäß Tarifvertrag
- 5 Mindestbeitrag einer Krankenversicherung

Aufgabe 87. 10. Wi11, III

Ihr Arbeitsverhältnis mit der OR GmbH ist in einem schriftlichen Arbeitsvertrag geregelt,

Bei welchem der folgenden Bestandteile Ihres Arbeitsvertrags ist die OR GmbH an kollektives Arbeitsrecht gebunden?

- 1 Am Jahresende wird eine außertarifliche, erfolgsabhängige Prämie in Form von Gutscheinen gezahlt.
- 2 Der/die Angestellte arbeitet als Sachbearbeiter/-in im Kundenservice.
- 3 Das Arbeitsverhältnis begann am 2. Mai 2011.
- 4 Die reguläre wöchentliche Arbeitszeit beträgt gemäß Betriebsvereinbarung 38,5 Stunden.
- 5 Die OR GmbH gewährt einen monatlichen Fahrtkostenzuschuss von 100,00 EUR.

Aufgabe 88. 14. Wi11, III

Ein ehemaliger Arbeitskollege, der eine neue Arbeitsstelle angetreten hat, bittet Sie in folgender Angelegenheit um Rat: In seinem Arbeitsvertrag sind ein übertarifliches Bruttogehalt von 1.900,00 EUR und eine Probezeit von drei Monaten vereinbart.

Im ersten Monat war er wegen Krankheit vier Tage arbeitsunfähig und konnte eine Arbeit nicht termingerecht erledigen. Vor der ersten Gehaltszahlung wurde ihm mitgeteilt, dass ihm aufgrund seiner Erkrankung und seiner verringerten Leistungen nur das tarifliche Bruttogehalt von 1.700,00 EUR gezahlt werde. Welche der folgenden Antworten entspricht der Rechtslage?

Der ehemalige Arbeitskollege ...

- 1 kann das vereinbarte Bruttogehalt von 1.900,00 EUR fordern.
- 2 kann die Gehaltsdifferenz von der Krankenkasse fordern.
- 3 muss die Gehaltskürzung akzeptieren, da der Arbeitgeber im Krankheitsfall in der ersten Woche das Gehalt ohne Ausgleich durch die Krankenkasse kürzen kann.
- 4 muss die Gehaltskürzung akzeptieren, da er sich noch in der Probezeit befindet.
- 5 muss die Gehaltskürzung akzeptieren, weil ein übertarifliches Gehalt eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers ist.

Aufgabe 89. 15. Wi11, III

Der Mitarbeiter Pendler, 40 Jahre alt, teilt der Personalabteilung der OR GmbH mit, dass er seine Tätigkeit für die OR GmbH zum 31.12.2011 beenden möchte. Ermitteln Sie das Datum, an dem der OR GmbH das Kündigungsschreiben von Herrn Pendler spätestens zugegangen sein muss.

Hinweis

- In der OR GmbH wird montags bis freitags gearbeitet, Feiertage ausgenommen. - Siehe Arbeitsvertrag, Auszug aus § 622 BGB und Kalender 2011

Tragen Sie das Datum (TT.MM.JJJJ) in die Kästchen ein.

Arbeitsvertrag (Auszug)

Zwischen der O.RAKEL GmbH, vertreten durch Frau Elfi Heinrich, Rahlistetter Str. 144, 22143 Hamburg, und Herrn Paul Pendler, Ackerstr. 4, 20144 Hamburg, wird folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

§ 1 Beginn des Arbeitsverhältnisses

Das Arbeitsverhältnis beginnt am 01.07.2011.

§ 2 Probezeit

Die Probezeit beträgt sechs Monate.

...

§ 11 Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses gelten die gesetzlichen Kündigungsfristen.

...

Hamburg, 01.07.2011

Heinrich

O.RAKEL GmbH
Elfi Heinrich

Pendler

Paul Pendler

Oktober 2011								November 2011								Dezember 2011							
KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO	KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO	KW	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
39						1	2	44	1	2	3	4	5	6		48				1	2	3	4
40	3	4	5	6	7	8	9	45	7	8	9	10	11	12	13	49	5	6	7	8	9	10	11
41	10	11	12	13	14	15	16	46	14	15	16	17	18	19	20	50	12	13	14	15	16	17	18
42	17	18	19	20	21	22	23	47	21	22	23	24	25	26	27	51	19	20	21	22	23	24	25
43	24	25	26	27	28	29	30	48	28	29	30					52	26	27	28	29	30	31	

Auszug aus dem BGB

§ 622 BGB Kündigungsfrist bei Arbeitsverhältnissen

(1) Das Arbeitsverhältnis eines Arbeiters oder eines Angestellten (Arbeitnehmers) kann mit einer Frist von vier Wochen zum Fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(2) Für eine Kündigung durch den Arbeitgeber beträgt die Kündigungsfrist, wenn das Arbeitsverhältnis in dem Betrieb oder Unternehmen

1. zwei Jahre bestanden hat, einen Monat zum Ende eines Kalendermonats,
2. fünf Jahre bestanden hat, zwei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
3. acht Jahre bestanden hat, drei Monate zum Ende eines Kalendermonats,
4. zehn Jahre bestanden hat, vier Monate zum Ende eines Kalendermonats,
5. zwölf Jahre bestanden hat, fünf Monate zum Ende eines Kalendermonats,
6. fünfzehn Jahre bestanden hat, sechs Monate zum Ende eines Kalendermonats,
7. zwanzig Jahre bestanden hat, sieben Monate zum Ende eines Kalendermonats.

Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Zeiten, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahres des Arbeitnehmers liegen, nicht berücksichtigt.

(3) Während einer vereinbarten Probezeit, längstens für die Dauer von sechs Monaten, kann das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden.

Aufgabe 90. 20. Wi11, III

Die OR GmbH ist gegen unterschiedliche Risiken versichert.

Welche der folgenden Sachverhalte betreffen die darunter stehenden Versicherungen? Tragen Sie die Ziffer vor dem jeweils zutreffenden Sachverhalt in das Kästchen ein.

Sachverhalte

- 1 Ein Kunde bricht sich auf dem Betriebsgelände der OR GmbH einen Arm.
- 2 Ein Fahrer der OR GmbH beschädigt mit dem Firmen-PKW das Garagentor eines Kunden.
- 3 Die Mitarbeiterin Selma Groß klagt gegen ihre Kündigung.
- 4 Das Lagergebäude wird durch einen Blitzschlag beschädigt.
- 5 Der Lieferwagen der OR GmbH wird ohne Fremdverschulden beschädigt.
- 6 Die OR GmbH streitet sich mit einem Vertragspartner über eine Rechnung.

Versicherungen

- a) Gebäudeversicherung
- b) Betriebshaftpflichtversicherung
- c) Kfz-Haftpflichtversicherung

Aufgabe 91. 11. So11, III

In der Jugend- und Auszubildendenvertretung der APP AG wird über den Ausbildungsvertrag diskutiert.

Welcher der folgenden Gründe führt zwingend zur Auflösung des Ausbildungsvertrages?

- | |
|---|
| 1 Die APP AG wird den Auszubildenden nach bestandener Abschlussprüfung nicht übernehmen. |
| 2 Bei der ärztlichen Nachuntersuchung des Auszubildenden stellt sich heraus, dass er den körperlichen Anforderungen des Berufs nicht gewachsen ist. |
| 3 Erst nach Beginn der Ausbildung hat der Auszubildende erfahren, dass es in der APP AG keine 5-Tage-Woche gibt. |
| 4 Die Ausbildungsvergütung ist geringer als erwartet. |
| 5 Durch eine Veränderung der Eigentümerstruktur der APP AG soll die Ausbildungsabteilung geschlossen werden. |

Aufgabe 92. 12. So11, III

Eine Auszubildende teilt der Personalabteilung der APP AG mit, dass sie im dritten Monat schwanger sei. Welche der folgenden Aussagen sind in diesem Zusammenhang zutreffend?

Tragen Sie die Ziffern vor den zwei zutreffenden Aussagen in die Kästchen ein.

- | |
|--|
| 1 Die APP AG muss die Schwangerschaft unverzüglich der Industrie- und Handelskammer mitteilen. |
| 2 Die APP AG muss die Schwangerschaft unverzüglich der Berufsschule mitteilen. |
| 3 Die APP AG muss die Schwangerschaft unverzüglich der Krankenkasse mitteilen. |
| 4 Die Auszubildende darf bis unmittelbar vor der Entbindung ausgebildet werden. |
| 5 Die Auszubildende darf sechs Wochen vor der Entbindung nicht ausgebildet werden. |
| 6 Die Auszubildende darf während der Schwangerschaft nur an vier Tagen pro Woche ausgebildet werden. |
| 7 Die Auszubildende darf nach der Entbindung acht Wochen lang nicht ausgebildet werden. |

Aufgabe 93. 13. So11, III

Andrea Fromm, ledig, keine Kinder, ist in der Kranz GmbH teilzeitbeschäftigt und erhält dort einen monatlichen Bruttolohn von 1.800,00 EUR. Seit Monatsbeginn ist sie stundenweise auch in der APP AG tätig.

Nach welcher der folgenden Steuerklassen muss die APP AG die Lohnsteuer für den Lohn von Frau Fromm ermitteln?

- | |
|------------------|
| 1 Steuerklasse 1 |
| 2 Steuerklasse 2 |
| 3 Steuerklasse 3 |
| 4 Steuerklasse 4 |
| 5 Steuerklasse 5 |
| 6 Steuerklasse 6 |

Aufgabe 94. 14. So11, III

Eine Aushilfskraft bittet in der Personalabteilung der APP AG um Informationen zur Sozialversicherung. Welche der folgenden Einzelversicherungen sind nicht im Beitragssatz der Sozialversicherung enthalten? Tragen Sie die Ziffern vor den zwei zutreffenden Einzelversicherungen in die Kästchen ein.

1 Krankenversicherung

2 Pflegeversicherung

3 Lebensversicherung

4 Rentenversicherung

5 Arbeitslosenversicherung

6 Unfallversicherung

Aufgabe 95. 15. So11, III

Sie wollen Ihre Ausbildungsvergütung überprüfen.

In welcher der folgenden Rechtsgrundlagen können Sie am ehesten nachprüfen, ob Ihre von der APP AG gezahlte Ausbildungsvergütung dem geltenden Mindestsatz entspricht?

1 Berufsbildungsgesetz

2 Jugendarbeitsschutzgesetz

3 Lohnsteuertabelle

4 Lohn- und Gehaltstarifvertrag

5 Manteltarifvertrag

Aufgabe 96. 21. So11, III

In der Jugendvertretung der APP AG werden im Zusammenhang mit den anstehenden Tarifverhandlungen Arbeitskampfmaßnahmen diskutiert. Um welche der folgenden Arbeitskampfmaßnahmen handelt es sich jeweils in den unten stehenden Fällen? Tragen Sie die Ziffer vor der jeweils zutreffenden Arbeitskampfmaßnahme in das Kästchen ein.

1 Wilder Streik

2 Warnstreik

3 Aussperrung

4 Schwerpunktstreik

Fälle

- In allen Unternehmungen einer Branche wird die Arbeit auf Betreiben der Gewerkschaft für eine Stunde niedergelegt.
- Die Arbeitsverhältnisse aller Arbeitnehmer bestimmter Betriebe werden während eines Streiks vorübergehend aufgehoben.
- Die Arbeitnehmer einer Unternehmung legen während der Laufzeit des Tarifvertrags ohne Abstimmung mit der Gewerkschaft ihre Arbeit für vier Stunden nieder, um ihre Forderung durchzusetzen.

Aufgabe 97. 23. So11, III

Der Personalabteilung der APP AG werden nachstehende Unfälle gemeldet.

Welche der folgenden Unfälle müssen der Berufsgenossenschaft gemeldet werden? Tragen Sie die Ziffern vor den drei zutreffenden Unfällen in die Kästchen ein.

- | |
|---|
| 1 Ein Mitarbeiter erlitt bei einem Stromschlag an einem defekten Kabel in seinem Büro Verbrennungen. |
| 2 Eine Mitarbeiterin verletzte sich ihren Fuß auf dem Parkplatz der APP AG an einer vorstehenden Bodenplatte. |
| 3 Ein Mitarbeiter brach sich im Erholungsuraub beim Skifahren ein Bein. |
| 4 Ein Mitarbeiter besuchte auf dem Heimweg von seiner Arbeitsstelle eine Gaststätte. Beim Verlassen des Lokals stürzte er und verletzte sich schwer. |
| 5 Ein Auszubildender verunglückte mit seinem Fahrrad auf dem Weg zum Schwimmbad, das er besuchen wollte, weil der Unterricht in der Berufsschule ausfiel. |
| 6 Ein Mitarbeiter verunglückte auf dem Weg zur Arbeit. |
| 7 Ein Kurierfahrer der Blitz & Co. GmbH, der im Auftrag der APP AG unterwegs war, verunglückte mit seinem Fahrzeug. |

Aufgabe 98. 24. So11, III

Ein Mitarbeiter der APP AG hat auf einer Fensterbank seines Büros eine Blumenvase abgestellt. Bei einem Windstoß fällt sie herunter und beschädigt den auf dem Firmengelände abgestellten Pkw eines Kunden.

Welche der folgenden Personen/Institutionen kommt für den Schaden auf? Tragen Sie die Ziffer vor der zutreffenden Person/Institution in das Kästchen ein.

- | |
|---|
| 1 Der Mitarbeiter der APP AG |
| 2 Der Kunde |
| 3 Die Haftpflichtversicherung der APP AG |
| 4 Die Fahrzeug-Kaskoversicherung des Kunden |
| 5 Die Berufsgenossenschaft |

Aufgabe 99. 25. Wi10, III

Die S GmbH hat Frau Brinkmann als Ausbilderin eingestellt.

Welche der folgenden Voraussetzungen musste Frau Brinkmann nach den gesetzlichen Regelungen erfüllen, um als verantwortliche Ausbilderin von der zuständigen IHK anerkannt zu werden?

Tragen Sie die Ziffer vor der zutreffenden Voraussetzung in das Kästchen ein.

Frau Brinkmann muss ...

- | |
|---|
| 1. Mitglied im zuständigen Prüfungsausschuss sein. |
| 2. über die persönliche und fachliche Eignung verfügen. |
| 3. jährlich ein Weiterbildungsseminar der IHK besuchen. |
| 4. Mitglied der Geschäftsleitung sein. |
| 5. Mitglied einer Gewerkschaft sein. |